



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Juni 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

die jüngsten Wahlergebnisse symbolisieren eine Trendwende in Europa. Schienen im letzten Jahr noch Nationalismus und Europaskepsis zu triumphieren, so zeigt dieses Jahr, dass die Idee Europa lebt. Es scheint, als wären die Wahlergebnisse des letzten Jahres und ihre unmittelbaren Folgen der nötige Weckruf gewesen, den die gesellschaftliche Mitte brauchte um sich gegen Angst und Populismus zu erheben. In den Vereinigten Staaten büßt Donald Trump durch fragwürdige Amtshandlungen stetig an Unterstützung ein und verstrickt sich in Auseinandersetzungen mit Gerichten und Geheimdiensten. Zeitgleich beginnt man in Großbritannien zu erkennen, dass der Austritt aus der Europäischen Union deutlich komplexer ist als bisher angenommen. Unabhängig von dem Ergebnis der dort neu angesetzten Parlamentswahlen am 8. Juni, werden die Austrittsverhandlungen voraussichtlich auch weiterhin zäh verlaufen.

Mit großer Freude habe ich daher die Wahlen in den Niederlanden und Frankreich verfolgt. In beiden Ländern haben sich die proeuropäischen Kandidaten deutlich durchsetzen können. Bei einer Wahlbeteiligung von über 81% in den Niederlanden und noch über 74% im zweiten Wahlgang in Frankreich kann man ruhigen Gewissens behaupten, dass die große Mehrheit der Gesellschaft für ein starkes, geeintes Europa ist. Es ist nun unsere Aufgabe der Verantwortung gerecht zu werden und mit neuem Mut und Tatendrang nach vorne zu schauen. Ein weiterer Schritt wird dabei auch die Bundestagswahl im September sein.

Im Haushaltsausschuss konnte ich, gemeinsam mit meinen Kollegen, eine Einigung mit dem Europäischen Rat bei der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens erzielen. Am 5. April wurde die Revision in Straßburg durch das Parlament angenommen. Neben einer erhöhten Flexibilität um

angemessen auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können, wurde auch die Erhöhung der Finanzmittel für bestimmte EU-Programme beschlossen, darunter circa 3,8 Milliarden Euro im Bereich Migration und Nachbarschaftshilfe und 1,2 Milliarden Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative. Die endgültige Verabschiedung im Rat wird derzeit allerdings, aufgrund der angesetzten Neuwahlen in Großbritannien, durch London blockiert. Ich hoffe auf eine schnelle Einigung im Rat, da die Revision unter anderem auch Mittelserhöhungen für Programme im aktuell zu verhandelnden Haushalt 2018 vorsieht.

In den nächsten Monaten wird meine parlamentarische Arbeit durch die Verhandlungen für den Haushalt 2018 geprägt sein. Die Prioritäten des Parlaments liegen dabei gezielt auf der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, sowie der Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit.

Mit freundlichen Grüßen

Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/Brüssel

1. Roaming – Telefonieren und mobiles Surfen im Ausland wird günstiger

Am 6. April 2017 hat das Europäische Parlament eine Maximal-Gebühr für Roaming-Transaktionen zwischen den europäischen Mobilfunkbetreibern beschlossen. Im Vorfeld hatten sich das Parlament und der Rat der Europäischen Union geeinigt, dass Roaming-Gebühren ab dem 15. Juni 2017 enden sollen. Das heißt, dass alle EU-Bürger und EU-Bürgerinnen bald mit signifikant geringerer Gebühr auch im Ausland telefonieren oder mobil surfen dürfen.

Bevor die Verabschiedung beschlossen werden konnte, musste zunächst geklärt werden, wie die „Wiederverkaufs“-Gebühren zwischen den Betreibern sowie die Gebühren zwischen Betreibern und Kunden geregelt werden. Für diese Großhandel-Roaming-Gebühren hat das Parlament die folgende Deckelungen beschlossen:

- 3,2 Cent pro Minute für Anrufe ab dem 15. Juni 2017
- 1 Cent pro SMS, ab dem 15. Juni 2017
- Reduzierung der Daten-Deckelung von 7,70 Euro pro Gigabit (2017) schrittweise auf 2,50 Euro pro Gigabit bis 2022

Bürgerinnen und Bürger können somit ab dem 15. Juni 2017 auch im europäischen Ausland ohne Roaming-Gebühren wie zuhause surfen und telefonieren.

Am 18. Mai hat das Parlament zusätzlich darüber abgestimmt, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich zeitlich befristet in anderen EU-Ländern aufhalten, auf ihre Abonnements von Online-Anbietern wie beispielsweise Netflix oder Spotify mit derselben Filmauswahl zugreifen können müssen wie in ihren Heimatländern. Diese Regulation wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2018 in Kraft treten und gilt dann auch für Abonnements, die vorher abgeschlossen wurden.

2. Europäisches Parlament verabschiedet Halbzeitrevision zum mehrjährigen Finanzrahmen

Am 5. April 2017 stand ein Paket zur Verabschiedung der Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) zur Abstimmung, welches aus der eigentlichen Verordnung zum mehrjährigen Finanzrahmen, sowie vier gemeinsamen Erklärungen von Rat und Parlament und einer unilateralen Erklärung des Parlaments bestand. Das Paket wurde mit 549 Ja-Stimmen, 61 Nein-Stimmen und 84 Enthaltungen angenommen. In den schwierigen Verhandlungen zur Verabschiedung des

aktuellen MFR im Jahr 2014 für die Jahre 2014-2020 hatte das Parlament eine höhere Flexibilität für den Haushalt, sowie eine Halbzeit-Revision durchgesetzt. Ohne die durchgesetzte höhere Flexibilität wäre es etwa nicht möglich gewesen, das Migrationspaket innerhalb des Haushaltsrahmens zu finanzieren.

Durch die nun verabschiedete Revision wurden zusätzliche Kapazitäten von circa 2,5 Milliarden Euro im Bereich Migration, weiteren 1,3 Milliarden im Bereich Migration und externe Investitionen, sowie eine Erhöhung der Mittel für die Jugendbeschäftigungsinitiative um 1,2 Milliarden Euro beschlossen. Außerdem werden weitere 200 Millionen Euro für das Horizont 2020 Programm und 300 Millionen Euro für die Connecting Europe Facility bereitgestellt. Durch diese ergänzenden Kapazitäten wird der MFR den politischen Herausforderungen der kommenden Jahre gerecht.

Der Prozess der Halbzeitrevision gestaltete sich schwierig, da Italien den Prozess im Rat der Europäischen Union vier Monate lang blockierte, bevor das Paket an das Parlament weitergeleitet wurde. Nach der Verabschiedung durch das Parlament, muss der Rat nun noch sein endgültiges Einverständnis geben. Am 25. April beantragte Großbritannien allerdings eine Verschiebung der Abstimmung im Rat auf einen Termin nach den neu angesetzten Parlamentswahlen im UK am 8. Juni.

3. International agierende Verbrecherbanden

Durch die Polizeibehörde der Europäischen Union, Europol, werden derzeit mehr als 5.000 internationale Verbrecherbanden aus über 180 Ländern beobachtet. Die Schwerpunkte der beobachteten Banden sind organisierte Eigentumsdelikte, Unterstützung der illegalen Einreise von Migranten, Cyber-Kriminalität sowie der Drogen- und Menschenhandel.

Nach einem Bericht von Europol zur organisierten Kriminalität in der EU, vom 9. März 2017 arbeiten die Banden international und nutzen verstärkt elektronische Dienste, beispielsweise bei der Planung von Einbrüchen und der Umgehung von Grenzkontrollen. Die Nutzung von modernen Methoden bei der Straftatbegehung ist für die Ermittler zu einem großen Problem geworden. So auch bei der sogenannten Cryptoware, eine Software die vom Opfer gestohlenen Daten verschlüsselt und nur gegen die Zahlung einer Gebühr wieder entschlüsselt. Auch die Fälschung von Dokumenten ist ein besonders lukratives Betätigungsfeld geworden, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation. Der Europol-Bericht soll den EU-Institutionen als Leitlinien für die Verabschiedung von Gegenmaßnahmen dienen.

4. Ungarn-Resolution

Am 17. Mai stimmte das Europäische Parlament über eine gemeinsame EntschlieÙung zum Umgang mit Ungarn ab. Das Land hatte in letzter Zeit unter anderem durch die Verabschiedung eines umstrittenen Hochschulgesetzes für Aufsehen gesorgt. Jetzt forderte das Parlament, dass die Rechtsstaatlichkeit Ungarns durch ein Verfahren geprüft werden soll. Auch mögliche Sanktionen gegen das Land sind durch die Resolution ins Gespräch gebracht worden.

Die christdemokratische EVP-Fraktion stimmte dabei gegen diese Resolution. Dazu Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion: „Ich glaube, bevor Orbán nicht die Möglichkeit hatte zu reagieren, (...) sollten wir nicht die härteste Waffe zücken“.

Die EVP hat sich nach ausführlichen Diskussionen entschieden, dass ein Dialog mit den ungarischen Kollegen in den bestehenden Gremien innerhalb der Parteienfamilie besser ist, als ein auf Regierungskontakte beschränkter Dialog außerhalb. Nach Erfahrung der Abgeordneten hat dieser EVP-interne Dialog in der Vergangenheit auch zu mehr Einlenken der ungarischen Regierung geführt.

Dennoch hat auch die EVP-Fraktion die EU-Kommission aufgefordert, die Revision des ungarischen Gesetzes zur Hochschulreform genauestens zu prüfen. Sollte diese Prüfung ein Fehlverhalten ergeben, muss die Kommission die notwendigen Schritte ergreifen.

„Man muss aber auch sagen: meine Geduld ist allmählich erschöpft! Es ist aber bemerkenswert, wie wenig beunruhigende Entwicklungen wie zum Beispiel in Bulgarien oder Rumänien zur Kenntnis genommen und diskutiert werden“, so Reimer Böge.



„Mit den Mitgliedern des Jugendrings Lübeck führte ich ein gutes Gespräch zu europapolitischen Themen und den Herausforderungen an das ehrenamtliche Engagement junger Leute, sowie an die Jugendverbandsarbeit. Je nach Bereich verbinden die jungen Menschen unterschiedliche Motive und Erwartungen mit ihrem Engagement. Gemeinsam ist den engagierten Jugendlichen der Wunsch, mit anderen zusammen etwas Sinnvolles zu tun.“, sagte Reimer Böge.

Bild 1: Reimer Böge mit der Delegation des Jugendrings Lübeck (Foto: Büro Böge)

5. Frauen im ländlichen Raum

Am 4. April 2017 hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet die vorsieht, dass mitwirkende Ehefrauen in der Landwirtschaft einen beruflichen Status erhalten sollen. Damit werden Ansprüche auf individuelle Rechte begründet, insbesondere Mutterschaftsurlaub, Sozialversicherung bei Arbeitsunfällen, Zugang zu Ausbildung und Rentenansprüche. Eine weitere Kernforderung des Parlaments in der Entschließung „Frauen und ihre Rollen in ländlichen Gebieten“ ist die Ausarbeitung einer gemeinsamen Europäischen Charta für Landwirtinnen.

Anlass für diese Entschließung ist unter anderem auch die Tatsache, dass zwischen 2005 und 2010 über 2,4 Millionen landwirtschaftliche – zumeist kleine oder familiengeführte – Betriebe in der EU aufgegeben wurden, wodurch die Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum zugenommen hat.

Weitere zentrale Forderungen der Entschließung sind unter anderem:

- den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt im ländlichen Raum vorrangig zu fördern und zu begünstigen;
- erschwingliche und hochwertige Einrichtungen, sowie öffentliche und private Dienstleistungen für das tägliche Leben in ländlichen Gebieten bereitzustellen, insbesondere Kinderbetreuungsinfrastrukturen, Gesundheitsdienste, Bildungsangebote, Pflege- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen und andere abhängige Personen, Vertretungsdienste bei Krankheit und Mutterschaft;



- Frauen in Genossenschaften als Mitglieder und auf der Leitungsebene aktiv einzubinden;

- eine stärkere Vertretung von Frauen in Arbeitsgruppen zur Entwicklung des ländlichen Raums, Begleitausschüssen und landwirtschaftlichen Verbänden, Zusammenschlüssen und öffentlichen Einrichtungen jeglichen Typs.

Bezüglich des geforderten Status für mithelfende Ehefrauen in der Landwirtschaft macht das Parlament in seiner

Entschließung darauf aufmerksam, dass es beispielsweise in Frankreich verschiedene Rechtsformen für Ehefrauen gibt, die regelmäßig im Betrieb mitarbeiten (als Mitarbeiter, Angestellte oder Leiter des Betriebs), mit denen die soziale Absicherung auf diese Frauen ausgeweitet werden kann, sodass sie gegen die Risiken des Privat- und Erwerbslebens abgesichert sind.

Bild 2: Frauen in der Landwirtschaft sollen gefördert werden (Foto: Europäische Volkspartei)

6. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hält erste Auslandsrede im Europäischen Parlament

Seine erste Auslandsrede als Bundespräsident hat Frank-Walter Steinmeier im Europäischen Parlament in Straßburg gehalten. Diese Entscheidung begründete sich in dem Schwerpunktthema von Steinmeiers Amtszeit: Demokratie. Themen seiner Rede waren außerdem die aktuelle Lage der EU und die Verhandlungen zum Brexit.

Steinmeier hat ein starkes Zeichen für Europa gesetzt und in seiner Rede erklärt, dass er noch immer überzeugter Europäer sei und, man der Traum eines geeinten Europas nicht aufgegeben dürfe.



„Dieses kostbare Erbe [Europa], das dürfen wir nicht preisgeben und nicht den Gegnern Europas überlassen. Wir müssen es bewahren, pflegen und verbessern – das ist unser historischer Auftrag!“, so Steinmeier.

Bild 3: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht vor dem Europäischen Parlament (Foto: Büro Böge)

7. UN-Generalsekretär Guterres zu Gast im Parlament in Straßburg

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, hielt am 17. Mai eine Ansprache vor den EU-Abgeordneten in Straßburg. Er sprach von den großen internationalen Herausforderungen: der Multiplikation von Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, dem Klimawandel und der Globalisierung. Hier müssten die EU und die Vereinten Nationen eng zusammenarbeiten, so Guterres. Er betonte: "Ein starkes und geeintes Europa ist ein Grundpfeiler für starke und wirksame Vereinte Nationen. Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Geschichte", sagte UN-Generalsekretär Guterres in seiner Ansprache. Gleichzeitig brachte er seine "tiefe Dankbarkeit und Wertschätzung" für das starke Engagement der EU für den Multilateralismus sowie ihren "großen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, zur humanitären Hilfe und ihre Leistungen in den Schlüsselbereichen Frieden und Sicherheit" zum Ausdruck.

Guterres sprach über eine Reihe von Themen. So äußerte er sich über die Lage in Syrien, die Migration und die Flüchtlingskrise, wobei er mehr Möglichkeiten für legale Migration forderte. Zudem thematisierte er die Globalisierung, die viele Menschen zurückgelassen habe und den Klimawandel. Auch sei es notwendig, die kulturelle Vielfalt zu sichern. Diese sei ein Reichtum und keine Bedrohung. Es bedürfe eines massiven politischen, sozialen und kulturellen Engagements für den sozialen Zusammenhalt und die Inklusivität unserer Gesellschaften, so der UN-Generalsekretär.

António Guterres war von Juni 2005 bis Dezember 2015 UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge und von 1995 bis 2002 Ministerpräsident von Portugal. Am 1. Januar 2017 trat er die Nachfolge von Ban-Ki-moon als UN-Generalsekretär an.

Pressemitteilungen

1. Reimer Böge mit Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt

Der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge ist in Anwesenheit des Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und des Vize-Parlamentspräsidenten Rainer Wieland in Straßburg mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt worden. Dazu erklärt der

CDU-Landesvorsitzende Daniel Günther:

„Reimer Böge hat sich in besonderer Weise um die Bundesrepublik Deutschland und unser Land verdient gemacht. Mit seinem langjährigen ehrenamtlichen Engagement in der Jugendarbeit und seinem unermüdlichen Einsatz für die europäische Idee ist er Vorbild für jeden von uns. Gerade in Zeiten wie diesen, brauchen wir Menschen wie Reimer Böge, die nicht müde werden, für ein offenes und geeintes Europa zu streiten. Ganz herzlich gratuliere ich ihm im Namen der CDU Schleswig-Holstein zu dieser besonderen Auszeichnung“.



Bild 4: Reimer Böge mit seiner Frau, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani und Vize-Parlamentspräsident Rainer Wieland (von links nach rechts) bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, (Foto: EP Fotodienst)

2. EU-Agrarkommissar Hogan will Vermarktungsnormen für Freiland Eier überdenken

Die nach dem Ausbruch der Vogelgrippe in vielen Regionen verhängte Stallpflicht hat für die betroffenen Geflügelhalter mit Freilandhaltung zur Folge, dass sie ihre Erzeugnisse nach 12 Wochen nicht mehr als Freiland Eier vermarkten dürfen. Wie der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge heute dazu mitteilt, wolle die EU-Kommission dies nun generell überdenken. Das gehe aus einer Antwort von Agrarkommissar Hogan auf seinen gemeinsamen Brief mit der holländischen Kollegin Annie Schreijer-Pierik (CDA) hervor. Kommissar Hogan sage in dem Brief zu, die aktuellen Vermarktungsnormen für Eier aus Freilandhaltung einer generellen Überprüfung zu unterziehen.

„Die aktuelle Situation während der Vogelgrippe ist für die Geflügelwirtschaft schlicht unhaltbar“, so Böge. „Mit der nun vorliegenden Antwort auf unseren Brief, zeigt sich die Kommission bereit, eine von uns geforderte langfristige Lösung für die betroffene Geflügelwirtschaft zu erarbeiten“, so Böge.

„Natürlich ist es nun noch ein weiter Weg bis zu einer tatsächlichen Änderung der 12-Wochen-Regel, aber in der Kommission hat jetzt offenbar ein Umdenkungsprozess eingesetzt. Bislang sind die Hersteller von Freiland Eiern überproportional von den europäischen Regeln betroffen. Die heutigen Ausführungen des Kommissars machen unseren heimischen Eierproduzenten ganz klar Hoffnung auf mehr Flexibilität. Und dies ist besonders wichtig, mit Blick auf zukünftige und langandauernde Ausbrüche der Vogelgrippe“, so Reimer Böge abschließend.

3. Europäisches Parlament verabschiedet Entschließung zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union

„Aus haushälterischer und politischer Sicht ist klar: wir müssen zuerst die Verpflichtungen klären, bevor wir über zukünftige Beziehungen sprechen können. Dennoch müssen die Verhandlungen in freundlicher und zielführender Weise geführt werden. Ein Säbelrasseln hilft keinem, vor allem nicht den ohnehin schon verunsicherten betroffenen Bürgerinnen und Bürgern“, so der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge im Anschluss an die Debatte und die Abstimmungen zu der Entschließung. Diese wurde im Plenum mit 515 Stimmen dafür, 133 Stimmen dagegen, sowie 50 Enthaltungen angenommen.

„Wir haben heute mit der Verabschiedung der Entschließung Einigkeit im Parlament demonstriert und eine klare Botschaft an die Regierung in London gesendet. Zuerst müssen die Verpflichtungen diskutiert werden, bevor man über zukünftige Beziehungen sprechen kann. Großbritannien ist unter anderem im Rahmen der Vereinbarung zum Mehrjährigen Finanzrahmen Verpflichtungen eingegangen, die es auch erfüllen muss“, so Böge heute in Straßburg.



Am 29. März hatte die Britische Regierung offiziell ihr Austrittsgesuch bei der Europäischen Union eingereicht. Damit haben die EU und Großbritannien nach Artikel 50 der Verträge zur Arbeitsweise der Europäischen Union nunmehr zwei Jahre Zeit, um über den Austritt und die zukünftigen Beziehungen zu verhandeln.

„Höchste Priorität haben für uns außerdem die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Sowohl der circa drei Millionen Europäischen Staatsbürger, welche in Großbritannien, als auch der circa eine Millionen Briten, welche in Europa leben. Auch ein Rosinen-Picken wird es mit uns nicht geben, wer austritt kann nicht die gleichen Vorteile genießen wie ein Mitglied“, stellte Reimer Böge klar.

Passend dazu hat die Europäische Volkspartei zum möglichen weiteren Verfahren des Austritts Großbritanniens aus der EU eine nützliche Grafik erstellt:

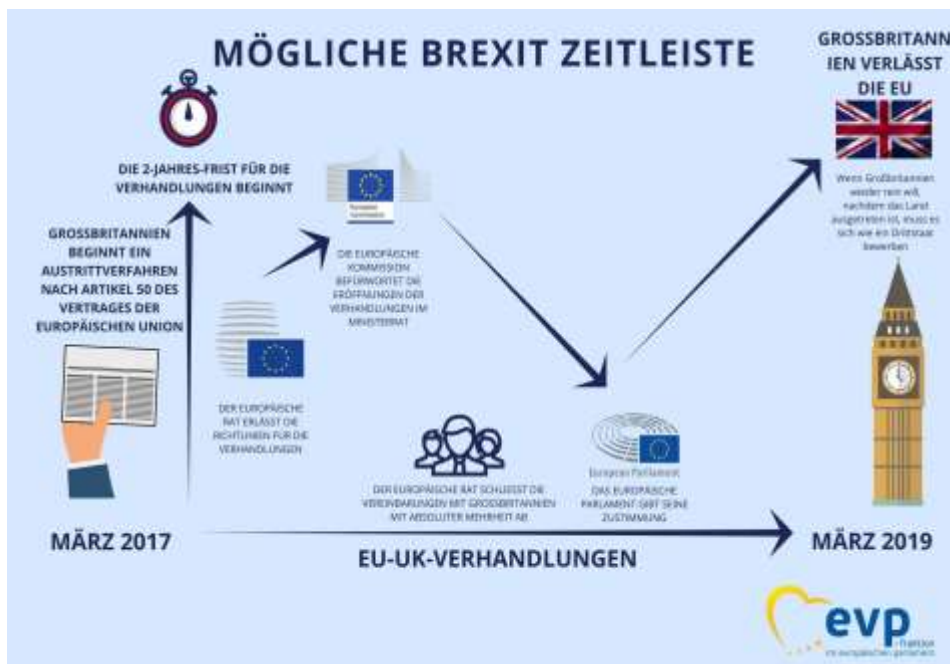


Bild 5: Der mögliche weitere Verlauf des Ausstiegs Großbritanniens aus der EU. (Foto: Europäische Volkspartei)

4. Reimer Böge zu Gast bei Senioren-Union in Nortorf

Zu ihrer erweiterten Landesvorstandssitzung hatte die Senioren Union Schleswig-Holstein Reimer Böge zu Gast. In seiner Analyse zur Situation in der Europäischen Union ging Reimer Böge auch auf die jüngste Entschließung des Europaparlaments zu den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU ein.



Bild 6: Reimer Böge im Gespräch mit der Senioren-Union (Foto: Büro Böge)

"Großbritannien hat sich nach 44 Jahren Mitgliedschaft für den Austritt aus der EU entschieden. Das ist bedauerlich, aber zu respektieren. Wir wollen faire und konstruktive Verhandlungen, aber mit der Parlamentsentschließung ist auch klaggestellt, dass für eine Zustimmung des Europaparlaments zum späteren Austrittsvertrag Kerninhalte erfüllt sein müssen. Wenn Großbritannien austritt, müssen alle Rechnungen bezahlt sein. Das gilt nicht nur für den jährlichen britischen Beitrag zum EU-Haushalt, sondern auch für die Verpflichtungen bei den aktuellen EU-Programmen, die bis einschließlich 2020 laufen. Klar ist auch, dass es keine Rosinenpickerei beim EU-Binnenmarkt, etwa für Finanzdienstleistungen, geben kann. Und für die Freizügigkeit von Briten in der EU gilt, dass nur das geht, was umgekehrt auch den EU-Bürgern in Großbritannien ermöglicht wird. Die Verhandlungen mit Großbritannien müssen nun mit kühlem Kopf und dem Blick nach vorne geführt werden. Nur wenn der Austritt zu klaren Bedingungen erfolgt, kann es künftig ein partnerschaftliches Verhältnis geben, das wir uns alle wünschen."

5. Reimer Böge MdEP zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs über das EU-Handelsabkommen mit Singapur

Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) erklärt zum Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) über das EU-Handelsabkommen mit Singapur: "Der EuGH hat mit diesem Urteil die europäische Handelspolitik deutlich gestärkt und für zukünftige Abkommen den Weg gewiesen. Die meisten der seit Jahren zwischen der EU und den Mitgliedstaaten umstrittenen Zuständigkeiten wurden nun eindeutig der europäischen Ebene zugeordnet. Entgegen der teilweise anderen öffentlichen Darstellung regelt das Urteil klar die ausschließliche Kompetenz der EU und der gemischten Kompetenzen der EU und der Mitgliedstaaten in Handelsfragen. Es ist gut, dass wir hier nun Klarheit haben," so Reimer Böge.

Im Einzelnen erklärt der EuGH die ausschließliche Zuständigkeit der Union u.a. für:

- den Zugang zum Markt der Union für Waren und Dienstleistungen,
- die Bestimmungen im Bereich des Schutzes ausländischer Direktinvestitionen,
- die Bestimmungen im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums.

In die gemischte Zuständigkeit von Mitgliedstaaten und EU fällt, gemäß EuGH:

- der Bereich der anderen ausländischen Investitionen als Direktinvestitionen („Portfolioinvestitionen“, die getätigt werden, ohne dass eine Einflussnahme auf die Verwaltung und Kontrolle eines Unternehmens beabsichtigt ist),
- die Regelung der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten.

„Die Europäische Kommission muss nun sicherstellen, dass wir die bereits fertig ausgehandelten Abkommen wie mit Singapur und Vietnam schnell entsprechend der EuGH-Vorgaben in Kraft setzen können. Gleichzeitig muss sie gemeinsam mit Parlament und Rat sicherstellen, dass bei der Erteilung der Mandate für künftige Verhandlungen nun klar getrennt wird und das EuGH-Urteil als

Grundlage genommen wird. Wir brauchen in Zukunft separate Abkommen über die Dinge, die in EU-Verantwortung liegen und die Dinge, für welche die Mitgliedstaaten zuständig sind. Das würde unsere Handlungsfähigkeit erhöhen und gleichzeitig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der verschiedenen politischen Ebenen deutlicher machen", so Reimer Böge abschließend.

6. Europäische Volkspartei beruft Reimer Böge in Expertenarbeitsgruppe zum Mehrjährigen Finanzrahmen

„Ich begrüße die Initiative der EVP eine Arbeitsgruppe zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen zu berufen ausdrücklich. In Anbetracht der vielen Veränderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU ist es notwendig sich so früh wie möglich mit dem folgenden Finanzrahmen zu beschäftigen, um politische Prioritäten zu setzen und einen fließenden Übergang zu ermöglichen“, so der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge nach dem ersten Zusammentreffen einer Expertenarbeitsgruppe der Europäischen Volkspartei zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

Am 30. Mai wurden die Mitglieder der EVP-Expertenarbeitsgruppe zum Mehrjährigen Finanzrahmen durch den Präsidenten der EVP Partei, Joseph Daul, und den Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, ernannt. Die Arbeitsgruppe hielt ihr erstes Treffen eine Woche später in der EVP-Parteizentrale in Brüssel ab.

Reimer Böge, im Jahr 2013 Berichterstatter für den aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen der Jahre 2014 bis 2020 und sowohl Berichterstatter als auch ständiger Berichterstatter für den vorherigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2007 bis 2013 dazu: "Aufgrund schwieriger Verhandlungen konnte der letzte MFR erst kurz vor knapp verabschiedet werden. Im Nachhinein hat sich die gewonnene Flexibilität, auf welche wir als Parlament beharrt haben, etwa in der Bewältigung der Flüchtlingskrise als notwendig erwiesen. Allerdings konnten aufgrund der späten Verabschiedung bestimmte Programme erst mit einer gewissen Verzögerung anlaufen. Dies gilt es für den folgenden MFR unbedingt zu vermeiden. Planungssicherheit von Geldmitteln ist besonders für kleine und mittelständische Unternehmen und die Forschung elementar."



*Bild 7:
Reimer Böge im Schülergespräch
Mit der Oberstufe des
Alexander-von-Humboldt-
Gymnasium in Neumünster
anlässlich des s Europatages
(Foto: Büro Böge)*

Terminauswahl

03.-06.04.2017	Plenartagung, Straßburg
03.04.2017	Haushaltsausschuss, Straßburg
04.04.2017	Ansprache des Bundespräsidenten Steinmeier im Plenum, Straßburg

05.04.2017	Aussprache zum Brexit im Plenum, Straßburg
06.04.2017	EU-Chile Delegation, Straßburg
07.04.2017	Frühjahrstagung der Familienbetriebe Land und Forst, Gut Basthorst
11.04.2017	CDU/CSU-Gruppe mit Aktionsgruppe, Brüssel
21.04.2017	Deichbegehung und Gespräch mit Klaus Jensen, MdL, Garding
24.04.2017	Zu Gast beim Landesvorstand der Senioren-Union, Nortorf
24.04.2017	Europa-Wirtschaftstalk mit EVP-Fraktionsvorsitzendem Manfred Weber MdEP, Segeberg
24./25.04.2017	Haushaltsausschuss, Brüssel
25.04.2017	Leitung Konferenz zu Kuba der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel
26.04.2017	Besuch einer Schülergruppe aus Marne im Parlament, Brüssel
04.05.2017	Sitzung des gemeinsamen EU-Chile-Ausschusses, Brüssel
05.05.2017	Wahlkampfveranstaltung mit Angela Merkel und Daniel Günther, Norderstedt
09.05.2017	Besuch des Alexander-von-Humboldt Gymnasiums, Neumünster
09.05.2017	Landesausschuss, Neumünster
11.05.2017	European Economic Congress zum EU-Haushalt, Kattowitz, Polen
15.-18.05.2017	Plenartagung, Straßburg
16.05.2017	Deutsche Gruppe, Meinungsaustausch, Straßburg
22.05.2017	Europatag der Kaiser-Karl-Schule, Itzehoe
29./30.05.2017	Haushaltsausschuss, Brüssel
29.05.2017	Auswärtiger Ausschuss zu Kuba, Brüssel
30.05.2017	Internationaler Handelsausschuss, Brüssel
30.05.2017	Konrad-Adenauer-Stiftung, Dinner Debatte zum Frieden in Kolumbien, Brüssel
31.05.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
02.06.2017	Wirtschaftsgespräch zu Freihandel und Protektionismus, Berlin
06.06.2017	Konferenz: „Funding the EUs Future“, Brüssel
06.06.2017	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
09.06.2017	Gespräch mit dem Landesverband der freien Berufe, Kiel
12.-15.06.2017	Plenartagung, Straßburg
16.06.2017	Schülergespräch an der Auguste-Victoria Schule, Flensburg
19.06.2017	Treffen mit norddeutschen Journalisten im Hanse-Office, Brüssel
20.06.2017	Haushaltsausschuss, Brüssel
23.06.2017	Schülergespräch an der Oberschule zum Dom, Lübeck
03.-06.07.2017	Plenartagung, Straßburg

Für weitere Informationen:
<http://www.reimer-boege.eu>
<http://www.eppgroup.eu>
<http://www.europarl.ep.ec>

Impressum:
 Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
 Jan-Hendrik Kruse
 Tel: 00322/ 2837326
 Fax: 00322/ 2849326
 Email: reimer.boege@europarl.europa.eu
 Internet: <http://www.reimer-boege.eu>

Europäisches Parlament
 Rue Wiertz - ASP 15 E 252
 B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
 Fax: 0032-2-2849326
 Email: reimer.boege@europarl.europa.eu

Europabüro Reimer Böge, MdEP
 CDU-Landesverband
 Sophienblatt 44-46
 D - 24114 Kiel

Tel: 0431-6-6099-25
 Fax: 0431-6-6099-27
 Email: info@reimer-boege.eu